

Die Wahrheit über den Interventionismus

Von Ludwig von Mises (New York)

Das Programm des Liberalismus (in der ursprünglichen Bedeutung dieses Wortes, wie es im Europa des 19. Jahrhunderts verstanden wurde, nicht aber in dem Sinne, den man ihm heute in Amerika beilegt, und der manchmal mit radikalem Interventionismus, öfter noch mit Sozialismus und Kommunismus gleichbedeutend ist) beruht auf der Erkenntnis, daß innerhalb der Marktwirtschaft, d. h. innerhalb der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln und auf Arbeitsteilung beruhenden Gesellschaftsordnung, die Interessen aller Individuen oder Gruppen von Individuen, sofern sie recht verstanden und auf lange Sicht betrachtet werden, sich harmonisch ausgleichen. Frühere Zeitalter waren in der irrigen Auffassung befangen, daß ein Individuum oder eine Gruppe von Individuen nur aus einer von anderen erlittenen Einbuße Gewinn ziehen könnte. Indem sie mit dieser Irrlehre gründlich aufräumte, bereitete die Sozialphilosophie und Wirtschaftswissenschaft des 18. Jahrhunderts den Weg für die bis dahin nie erreichten Leistungen der modernen westlichen Zivilisation.

Der Niedergang des Liberalismus besteht nun gerade darin, daß die Politik aller Länder wiederum von dem Gedanken beherrscht wird, daß zwischen den Interessen verschiedener Klassen (im marxistischen Sinne), Nationen oder Rassen ein unlösbarer Konflikt bestehe. Der Niedergang des Liberalismus ist nicht eines von mehreren gleich bedeutsamen Phänomenen, das sich aus dem Zusammenhang der Geschichte dieser letzten Generationen herauslösen und gesondert behandeln ließe. Er ist das eigentlich Wesentliche dieser Geschichte, die einzige Tatsache, auf die es ankommt. Alles, was in den vergangenen Jahrzehnten geschah, war lediglich die konsequente Anwendung dieser Philosophie des unlösbaren Konflikts.

In der Marktwirtschaft entscheiden dadurch, daß sie kaufen oder sich des Kaufens enthalten, letztlich die Verbraucher darüber, was, wieviel und wie produziert werden soll. Sie verlagern ständig die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und spielen sie denjenigen Unternehmern, Kapitalisten oder Grundbesitzern in die Hände, welchen es gelungen ist, sie mit allem Gewünschten am besten und billigsten zu versorgen. Das Wesensprinzip des Kapitalismus ist Massenerzeugung zur Befriedigung der Bedürfnisse der Massen. Industrie dient dem Verbraucher, und vor allem dem „Mann auf der Straße“, jenem „Durchschnittsverbraucher“, über den so viel geredet und geschrieben worden ist. Alle Hauptzweige der Industrie, alle jene Unternehmen, welche Unwissenheit und Neid als „Großverdiener“, als „Goldgruben“ schmähen und angreifen, produzieren für die große Masse. Produktionsanlagen, welche sogenannte Luxuserzeugnisse für begrenzte besonders anspruchsvolle Abnehmerschichten erzeugen, sind stets kleine oder mittlere Betriebe. Der Kapitalismus hat die Bevölkerungszahlen auf das Vielfache anwachsen lassen und dem Durchschnittsmenschen eine Lebenshaltung ermöglicht, welche selbst den Wohlhabenden früherer Zeiten völlig märchenhaft erschienen wäre.

Die Wirtschaftsforschung hat den Beweis erbracht, daß keine andere denkbare Wirtschaftsordnung den gleichen Grad von Prosperität erreichen könnte wie der Kapitalismus. Sie hat alle zugunsten von Sozialismus und Interventionismus vorgebrachten Beweisgründe völlig zu entkräften gewußt.

Natürlich gibt es Leute, die sich mit dem Urteilsspruch der Wirtschaftstheorie nicht zufriedengeben wollen. Sie verwerfen alles Nachsinnen über Wirtschaftsprobleme als angeblich sinnlose Zeitvergeudung und erklären, daß sie sich nur auf Erfahrungstatsachen verlassen. Wenn wir ihren Einwendungen diskussionshalber stattgeben wollen, so können wir fragen: Welches sind die Erfahrungstatsachen, die zugunsten des Sozialismus und gegen den Kapitalismus zeugen? Wenn sich aus historischen Tatsachen auch nur etwas folgern ließe, so wäre es dies, daß ohne die Einrichtung des Privateigentums kein Volk je wirtschaftliche und kulturelle Blüte erreichte oder bewahren konnte. Die Erfahrungen der jüngsten Zeit in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien, in Deutschland und anderen Ländern haben wiederum gezeigt, daß, sobald auch nur die eine oder andere interventionistische Maßnahme rückgängig gemacht, sobald von inflationspolitischen Maßnahmen Abstand genommen und dem Markt sein herrschender Einfluß wieder eingeräumt wurde, dies die allgemeine wirtschaftliche Lage sofort besserte.

Schiefe Perspektiven von „höherer Warte“

Andere wieder behaupten, daß es ein Zeichen verwerflicher Gesinnung sei, wenn man die Probleme der Gesellschaftsordnung lediglich im Hinblick auf die reichliche Verfügbarkeit von Gütern und Dienstleistungen betrachten wolle. Sie lehnen dies vom moralischen Standpunkt als „niedrigen Materialismus“ ab und wünschen diese Fragen von einer, wie sie sagen, „höheren Warte“ aus zu betrachten.

Zur Weltanschauung eines buddhistischen Mönches stimmen derlei Ansichten durchaus. Ein Leben in Schmutz und Armut hat in seinen Augen positiven Wert, und irdischer Besitz ist gefährlich, weil er den Menschen vom rechten Wege abbringen könnte. Anders jedoch reden die vom theologischen oder philosophischen Standpunkt aus urteilenden Moraltheoretiker des Westens. Sie bemängeln am Kapitalismus, daß es immer noch Menschen gibt, die an seinen Wohltaten nicht teilhaben und sich daher in kümmerlicher materieller Lage befinden. Sie wünschen, daß die für diese Armen verfügbare Gütermenge vergrößert werde. Sie wissen recht wohl, daß dies nur durch eine Intensivierung der Produktion erreicht werden könnte, d. h. durch eine Intensivierung des Kapitalismus. Und doch unterschreiben sie leichtfertig und gedankenlos alle sozialistischen Irrlehren und raten zu Methoden, welche die für den Lebensunterhalt verfügbare Gütermenge vermindern und dadurch die Lebenshaltung beeinträchtigen würden.

Die antikapitalistische Haltung, welche sehr viele religiöse Führer und sehr viele Verkünder areligiöser Ethik einnehmen, entspringt aus Ressentiment und Unwissenheit. Was der Kapitalismus an Leistungen aufzuweisen hat, z. B. die Herabminderung der Säuglingssterblichkeit, die erfolgreiche Bekämpfung von Seuchen und Hungersnöten, die allgemeine Verbesserung der Lebenshaltung, müßte auch vom Standpunkt jeder Religion oder jedweden ethischen Lehrsystems hoch veranschlagt werden. Keine religiösen oder ethischen Bindungen können eine Politik rechtfertigen, die darauf hinzielt, eine Gesellschaftsordnung mit niedrigerem Leistungskoeffizienten an die Stelle einer solchen mit höherem zu setzen.

Der Ausgangspunkt: Das Kommunistische Manifest

Die kläglichen Verhältnisse, welche das bolschewistische Experiment gezeitigt hat, und das jämmerliche Fehlschlagen aller Versuche teilweiser Vergesellschaftung oder Verstaatlichung haben den geradezu abgöttischen Fanatismus, mit welchem mehrere Generationen begeisterter Anhänger das Ideal Georges Sorel's, die Zerstörung alles Bestehenden,

verfochten, einigermaßen gedämpft. Der Plan einer „sozialen Revolution“ welcher die Erde mit einem Schlage in ein Schlaraffenland verwandeln sollte, hat ein gut Teil seiner Anziehungskraft eingebüßt. Es war ein schwerer Schlag für die Salonkommunisten, Katheder-Sozialisten, Bürokraten und Gewerkschaftsbözen, als sie entdecken mußten, daß der revolutionäre Moloch nicht nur Kapitalisten, „Bourgeoispitzen“ und Kulaken fraß, sondern auch Leute ihresgleichen. Da redeten sie plötzlich nicht mehr davon, daß es notwendig sei, die unvollendete Revolution zu vollenden, und sie wandten sich statt dessen einem Programm zu, nach dem der Sozialismus durch eine Reihe interventionistischer Maßnahmen Schritt für Schritt verwirklicht werden sollte. Sie kamen damit auf den Plan zurück, den Marx und Engels im Kommunistischen Manifest skizziert und bei der weiteren Entwicklung ihrer Doktrin de facto fallen gelassen hatten, weil er mit den wesentlichen Dogmen des historischen Materialismus und dem marxistischen Schema eine[r] Geschichtsphilosophie unvereinbar war.

Die wenigen Zeilen, in denen das Kommunistische Manifest sein Zehn-Punkte-Programm einer allmählichen Verwirklichung des Sozialismus darlegt und rechtfertigt, sind das Beste, was Marx und Engels je über wirtschaftliche Themen ausgesagt haben; es sind de facto die einzigen annehmbaren Sätze, welche sie überhaupt zur Wirtschaftskunde beige-steuert haben. Sie nennen die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen „despotische Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse“ und erklären, daß diese Maßnahmen „ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen“, daß sie „aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind“.

Als später, vierzig Jahre nach der ersten Veröffentlichung des deutschen Wortlauts des Manifests und fünf Jahre nach Karl Marx' Tod eine autorisierte englische Übersetzung" des Manifests „herausgegeben und mit Anmerkungen versehen von Friedrich Engels“ erschien, fügte Engels dem Text einen Zusatz bei, um zu erklären was die etwas rätselhaften Worte „über sich selbst hinaustreiben“ bedeuten wollten. Er fügte zwischen den Worten: „über sich selbst hinaustreiben“ und „und als Mittel zur Umwälzung unvermeidlich sind“ die Worte ein: „weitere Eingriffe in die alte Gesellschaftsordnung nötig machen“¹. In diesen paar Worten faßte Engels die Lehren der klassischen Nationalökonomie über die Wirkung von Eingriffen in das Getriebe des Marktes zusammen und nahm in gewisser Hinsicht sogar schon die Kritik des Interventionismus voraus, wie sie von den modernen Volkswirtschaftlern entwickelt wurde.

Die Kritik des Interventionismus betrachtet die Wirkungen von Zwang und Nötigung von Seiten des Staates oder von Machtbefugten – wie etwa den Gewerkschaften –, welchen der Staat de facto das Vorrecht eingeräumt hat, Gewalt zu gebrauchen, wodurch Unternehmer und Kapitalisten gezwungen werden, die einen oder anderen Produktionsfaktoren anders zu gebrauchen, als sie es tun würden, wenn sie nur den Befehlen der Verbraucher, wie ihnen diese durch die Marktlage zugetragen werden, gehorchen würden. Die Kritik des Interventionismus betont, daß die Wirkungen derartiger Eingriffe – und dies sogar gerade vom Standpunkt des Staates und der Verteidiger und Befürworter der betreffenden Maßnahme aus gesehen –, noch weniger erwünscht sind als die vorherige Lage der Dinge, welche durch die Eingriffe behoben werden sollte. Sofern der Staat weder bereit ist, seine Eingriffe rückgängig zu machen noch sich mit der durch die Intervention herbeigeführten unangenehmen Lage der Dinge zufriedenzugeben, ist er gezwungen, seinem ersten Eingriff

¹ „necessitate further inroads upon the old social order“.

einen zweiten folgen zu lassen und – da das Ergebnis, vom Standpunkt des Staates selbst aus gesehen, wiederum noch weniger zufriedenstellend ist als die vorherige Lage – einen dritten, und so weiter, bis schließlich seine autoritären Verfügungen alle Gebiete menschlicher Tätigkeit erfassen und dadurch diejenige Gesellschaftsordnung herstellen, die unter der Bezeichnung Sozialismus, Kommunismus, Planismus, Totalitarismus bekannt ist.

Keine „dritte Lösung“

Wenn Leute, die die Einführung des Sozialismus an Stelle der Marktwirtschaft anstreben, interventionistische Maßnahmen befürworten, so ist dies, im Hinblick auf das von ihnen angestrebte Ziel, durchaus logisch und konsequent. Diejenigen aber gehen kläglich irre, welche den Interventionismus als eine dritte, mögliche Lösung des Problems der Wirtschaftsordnung der menschlichen Gesellschaft betrachten, nämlich als eine Wirtschaftsordnung, die, wie sie sagen, gleichweit vom Sozialismus wie vom Kapitalismus entfernt sein, und die das „Gute“ beider Systeme vereine, jedoch das „Schlechte“ in ihnen vermeide. Der Interventionismus kann nicht als eine Wirtschaftsordnung betrachtet werden, welche auf die Dauer zu bestehen vermag. Er ist eine Methode zur ratenweisen Verwirklichung des Sozialismus. Die Produktion kann entweder durch die Wünsche der Verbraucher gelenkt werden, wie sie in deren Kaufen oder Nichtkaufen zum Ausdruck kommen, oder aber durch den Staat, den gesellschaftlichen Zwangsapparat. Irgendein konkreter Produktionsfaktor, z. B. ein Block Stahl, kann entweder gemäß den Befehlen der Verbraucher oder gemäß den Befehlen der Bürokratie verwendet werden. Eine Zwischenlösung gibt es nicht. Was Optimisten als eine Wiederbelebung des Liberalismus ansehen, ist lediglich eine Verlangsamung des Marsches zum Sozialismus.

Wenn es dem „New Deal“ der dreißiger Jahre gelungen wäre, die Massenarbeitslosigkeit zu beheben, wenn die Tennessee Valley Authority nicht ein äußerst kostspieliges Fiasko gewesen wäre, wenn die Verstaatlichung der englischen Montanindustrie sich als auch nur einigermaßen sinnvoll erwiesen hätte, wenn der deutsche Nationalsozialismus und der italienische Faschismus nicht alles zugrunde gerichtet hätten, was sich überhaupt zugrunderichten ließ, wenn Staatsbetrieb von Post-, Telegrafien-, Fernsprechwesen, von Eisenbahnen und anderen öffentlichen Diensten nicht durch die dabei entstandenen Fehlbeträge den Staatshaushalten vieler Länder schwer in Mitleidenschaft gezogen hätten, dann würden diejenigen, die sich selbst mit Stolz „Fortschrittler“ nennen, ihre Politik weiterhin mit der gleichen Energie verfolgen, mit welcher vor ein paar Jahren ihre Vorgänger zu Werke gingen.

Es ist ein Irrtum, diese sogenannten „gemäßigten Elemente“ als Liberale im klassischen Sinne des Wortes zu betrachten. Die amerikanischen Republikaner der Eisenhower-Ära und die britischen Konservativen sind keineswegs Befürworter der Marktwirtschaft und der Wirtschaftsfreiheit. Von den Demokraten des New Deal und von der Labour Party unterscheiden sie sich nicht hinsichtlich ihrer Grundsätze, sondern nur durch den Grad ihres Reformeifers und durch das Tempo, in dem sie auf den Etatismus zumarschieren. Sie weichen ständig zurück, finden sich heute mit Maßnahmen ab, denen sie sich vor einiger Zeit noch erbittert widersetzen, und werden höchstwahrscheinlich in ein paar Jahren Maßnahmen gutheißen, vor denen sie heute noch entsetzt zurückschauern. Der deutsche Ordo-Liberalismus unterscheidet sich nur in Einzelzügen von der Sozialpolitik der Schmoller- und Wagner-Schule. Im Grunde ist er – nach den Episoden des Radikalismus der Weimarer Epoche und dem Sozialismus nationalsozialistischer Prägung – eine Rückkehr zum Wohlfahrtsstaat der Bismarcks und Posadovskys.

Alle diese Bewegungen erscheinen natürlich gemäßigt, wenn man sie mit der durchgreifenden Gründlichkeit der Diktatoren vergleicht. Aber Interventionismus, mag er mehr oder weniger gemäßigt sein, bleibt darum noch immer Interventionismus. Denn alle interventionistischen Maßnahmen machen, wie Engels treffend bemerkte, „weitere Eingriffe in die alte Gesellschaftsordnung notwendig“ und führen damit schließlich zu vollständigem Sozialismus.

Konjunkturen und Krisen

Der Interventionismus glaubt, daß eine Senkung des Zinssatzes unter die Höhe, welche er in einem unbehinderten Markt erreichen würde, sehr segensreich sei, und er betrachtet Kreditausweitung als das geeignete Mittel zur Erreichung dieses Zieles. Aber eine durch Kreditausweitung künstlich erzeugte Hochkonjunktur kann nicht von Dauer sein. Sie muß in einem allgemeinen Darniederliegen von Handel und Gewerbe, in einer Wirtschaftskrise enden. Aus dieser Erklärung der Konjunkturschwankungen, der sogenannten monetären Konjunkturtheorie oder Zirkulationskredittheorie, ist zu folgern, daß es nur ein Mittel gibt, um das Wiederkehren von Zeiten wirtschaftlicher Depression zu vermeiden, nämlich sich aller Versuche, durch Kreditausweitung eine vorübergehende künstliche Hochkonjunktur hervorzurufen, zu enthalten. Die Interventionisten sind jedoch nicht gewillt, auf ihre heißgeliebte Politik zu verzichten, die die Leute durch eine trügerische Prosperität auf kurze Zeit glücklich machen möchte. Sie sind sich durchaus bewußt, daß es unmöglich ist, die monetäre Theorie der Konjunkturschwankungen zu widerlegen oder in Mißkredit zu bringen, und sie übergehen sie darum mit Stillschweigen oder entstellen sie, um sich alsdann höhnisch über sie lustig zu machen. An Stelle dieser in Acht und Bann getanen Theorie verbreiten die offiziellen Kreise und die Universitäten eine Doktrin, welche gleich der von Karl Marx die periodische Wiederkehr industrieller Krisen als ein notwendiges Übel, einen „Auswuchs“ des Kapitalismus deutet. Die Wirtschaftskrisen, so erklärt das Kommunistische Manifest, offenbaren die Unfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise, des Privateigentums und des freien Unternehmertums, die modernen Produktionskräfte zu meistern. Sie liegen, so sagt man, im Wesen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung selbst begründet, sie werden in immer kürzeren Zeitabständen wiederkehren, stets bedrohlichere Formen annehmen, so lange nicht eine sozialistische Gesamtplanung an die Stelle der kapitalistischen „Anarchie“ der Produktion getreten ist. Sozialisten und Interventionisten sind sich darüber einig, daß die Krisen die notwendige Folge des Spiels der Marktwirtschaft an sich sind. Uneinig sind sie sich jedoch hinsichtlich der Methoden, welche zur Verhütung künftiger Perioden wirtschaftlicher Depression angewandt werden sollen. Die orthodoxen Marxisten erklären, daß es dazu nur ein Mittel gibt, nämlich die bedingungslose und totale Einführung eines sozialistischen Systems nach dem Muster der Sowjets. Die Interventionisten dagegen erkennen der Regierung die Macht zu, die Härte oder Dauer der Depression durch sogenannte anti-zyklische Maßnahmen zu verhüten oder zum mindesten zu mildern. Unter diesem hochtrabenden Namen empfehlen sie im Notfalle, wenn die Staatseinkünfte zufolge der Depression im Abnehmen begriffen sind, einerseits Steuernachlässe und andererseits eine ungeheure Erhöhung der Staatsausgaben durch riesige öffentliche Arbeiten und erhöhte Arbeitslosenunterstützung. Während die Krise die unausweichliche Folge der Schöpfung zusätzlicher Mengen von Geld und Geldsurrogaten ist, wollen die Interventionisten sie durch weitere Inflationsmaßnahmen beheben. Theorie und Geschichte lehren zwar, welches Endergebnis eine längere Zeit hindurch betriebene Inflationspolitik zeitigt; aber was kümmert sie das.

Inflation ist auch die einzige Lösung, welche der Interventionismus zur Behebung der Massenarbeitslosigkeit in Vorschlag bringt. Die schicksalhafte Verkettung aller Versuche, das freie Spiel des Marktes zu beeinträchtigen, zeitigt auch hier schlimme Folgen. Zunächst bestimmen und erzwingen Staat oder Gewerkschaften Mindestlohnsätze, welche höher sind als die durch die Marktlage gegebenen. Da dies unausweichlich Massenarbeitslosigkeit zur Folge hat, und zwar auf unabsehbare Zeit hinaus, nimmt die Regierung nunmehr ihre Zuflucht zu Inflationsmaßnahmen. Folge der Inflation sind höhere Preise der Verbrauchsgüter und höhere Lebenshaltungskosten, welche wiederum die Regierung und die Gewerkschaften dazu veranlassen, neuerlich einzugreifen, um die Lohnsätze von neuem über die durch die Marktlage gegebenen Sätze zu erhöhen. Und so geht es weiter. Eine liberale Bewegung darf niemals vergessen, daß gesundes Geld eines der Grundprinzipien des Liberalismus alter wie neuer Prägung ist.

Privateigentum und Freiheit

Die Institution des Sondereigentums, des Privateigentums war es, welche die rechtlichen Grundlagen der kulturellen und wirtschaftlichen Blüte des Westens lieferte. Ost und West trennt gerade die Tatsache, daß der Orient nicht das ideologische, rechtliche und politische Gerüst entwickelte, innerhalb dessen Eigentumsrechte und ihre wirksame Verteidigung gegen willkürliche Eingriffe der herrschenden Gewalten günstige Entwicklungsbedingungen finden konnten. Unter diesen Umständen bestand keine Möglichkeit zur Kapitalbildung und zu größeren Kapitalinvestierungen und zu der sich darauf ergebenden Entwicklung von industriellen Anlagen. In weiten Gebieten Asiens waren die natürlichen Voraussetzungen der Güterproduktion günstiger als in den nördlich der Alpen gelegenen Teilen Europas. Zu Beginn der „industriellen Revolution“ galten Indien und China für reicher als selbst die blühendsten Länder Europas.

An technischer Fertigkeit und an der zur erfolgreichen wissenschaftlichen Forschung nötigen Begabung scheinen die östlichen Schüler westlicher Methoden nicht hinter den Europäern zurückzustehen. Im Osten mangelte es jedoch (und dies ist noch heute so) an jenem Geiste der Freiheit, aus dem der große Gedanke der unantastbaren Rechte des Einzelnen erwuchs. Das Lebensmark einer liberalen Verfassung ist die Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt, die den Einzelmenschen und sein Eigentum gegen jeden schützt, welcher sie verletzt, sei er König oder gemeiner Räuber. Den Einrichtungen, die von den sogenannten Fortschrittlichen als „die göttlichen Rechte des Kapitals“ verhöhnt und verspottet werden, verdanken die „Proletarier“ der westlichen Welt alles, was ihre Lage von derjenigen der armseligen Massen Asiens und Afrikas unterscheidet.

Die Bewohner der unterentwickelten Länder lechzen nach den materiellen Gütern des westlichen Kapitalismus und erkennen dadurch zugleich die Überlegenheit der westlichen Art der Wirtschaftsführung an. Aber ihre Regierungen – und diese genießen dabei die volle Unterstützung der „Intelligentsia“ – vereiteln alle Bemühungen einer Intensivierung der Produktion und einer daraus sich ergebenden Verbesserung der Lebenshaltung. Diese Länder brauchen vor allem mehr Kapitalinvestierungen. Aber die von ihnen verfolgte Politik macht sowohl einheimische Kapitalbildung wie auch Kapitalzustrom aus dem Ausland unmöglich.

Vor Beginn der „Industriellen Revolution“ war die Lage in England und in anderen europäischen Ländern nicht weniger trostlos, als sie es heute in vielen Gebieten Asiens und Afrikas ist. Während aber England sich bei seinem eigenen Zopf aus dem Sumpf ziehen mußte, selbst in zeitraubendem Bemühen das nötige Kapital zusammenbringen und

technische Erfahrungen sammeln mußte, können diese Länder sich die technischen Errungenschaften des Westens ausgiebig zunutze machen; sie empfangen beträchtliche Hilfe durch Investierung ausländischen Kapitals, und sie könnten diese Hilfe noch heute erhalten, wenn sie dies nicht selbst unmöglich machen würden.

Das größte Paradox

Verwirrt durch die kommunistischen Lügenmärchen, welche ausländische Kapitalinvestitionen als einen Beweis von beutehungrigem Imperialismus hinstellen, können sich die „fortschrittlich Gesinnten“ der westlichen Welt, wenn es um die Lage im Osten geht, eines Gefühls der Schuld nicht erwehren. Westeuropäische und späterhin auch nordamerikanische Kapitalisten bauten in den unterentwickelten Ländern den überwiegenden Teil der Eisenbahnen, Kanäle, Transport- und Fernmelde- und sonstigen gemeinnützigen Anlagen, erschlossen ihre Bodenschätze und sonstigen Hilfsquellen und legten Fabriken an. Ein großer, vielleicht der größte Teil des so investierten Kapitals ist unter den mannigfaltigsten Vorwänden enteignet worden. Das Erstaunliche ist nun, daß diese Beschlagnahmen von den „fortschrittlich gesinnten“ Landsleuten der Betroffenen begeistert gebilligt wurden, und daß viele Regierungen das ihren Staatsbürgern zugefügte Unrecht nicht nur gleichgültig hinnahmen, sondern die Urheber dieses Unrechts de facto noch ermutigten.

Eins der Hauptparadoxe der modernen Welt ist dieses: Die Errungenschaften des Laissez faire-Liberalismus und der kapitalistischen Marktwirtschaft riefen schließlich bei allen östlichen Völkern die Überzeugung wach, daß das, was die Ideologien des Westens anempfehlen, und was die Staatskunst des Westens tut, das Richtige ist.

Aber zur gleichen Zeit, als der Orient so Vertrauen zur Denk- und Handlungsweise des Westens gefaßt hatte, waren in Europa und Amerika Ideologie und Taktik des Sozialismus und des Interventionismus an die Stelle des Liberalismus getreten. Durch Übernahme der Lehren, die alles, was für „bürgerlich“ galt, als abgrundschlecht verwarfen, vermeinte der Osten diejenigen Ideen zu übernehmen, die die wirtschaftliche und kulturelle Blüte des Okzidents gezeitigt hatten. Diesen vermeintlich modernen und fortschrittlichen amerikanischen und westeuropäischen Lehren entlehnten die östlichen Völker die Kampfparolen, deren sie sich heute gegen den Westen bedienen. Dies gilt auch für den russischen Kommunismus, der ja, vom russischen Standpunkt aus gesehen, eine Ideologie des Westens ist, welche von Schülern und Anhängern der Hegel, Fourier, Marx, Sorel und der Webbs in dem ausdrücklichen Bestreben importiert wurde, ihr rückständiges Volk zu „verwestlichen“.

Unter Führung der Sowjetmacht haben sich die Völker Asiens und Afrikas in einen Kampf eingelassen, den sie für einen Kampf um ihre Befreiung vom „Joch des Kapitalismus“ halten. Ihr fanatischer Anti-Okzidentalismus ist gewiß vom Standpunkt der westlichen Völker aus gesehen höchst bedauerlich. Aber er tut den lebenswichtigen Interessen der östlichen Völker mehr Schaden als denen des Westens. Und er könnte einen neuen – und diesmal mit Atomwaffen geführten – Weltkrieg entfachen.

Die Befürworter des Sozialismus (Kommunismus oder Plamsmus) wollen die Verfügung über die Produktionsmittel aus der Hand der Einzelnen in die der Gesellschaft (des Staates) überführen.

Die Befürworter des Interventionismus erklären, daß sie die Marktwirtschaft nicht völlig abschaffen wollen. Es geht ihnen, wie sie sagen, nur darum, ihr Spiel durch verschiedene obrigkeitliche Eingriffe in das Geschäftsleben zu verbessern.

Diese beiden Doktrinen werden heute auf Schulen gelehrt, in Büchern, Zeitschriften, Zeitungen dargelegt, politische Parteien bekennen sich zu ihnen, Staatsbehörden nehmen sie sich bei ihren Maßnahmen zur Richtschnur. Es gibt sozialistische Schulen, Bücher, Zeitschriften, Parteien, Regierungen – und es gibt interventionistische Schulen, Bücher, Zeitschriften, Parteien, Regierungen.

Freilich gibt es auch ein paar Andersgläubige; diese sind der Ansicht, daß die Marktwirtschaft (das „Laissez faire-System“ oder der Kapitalismus) die einzige Wirtschaftsordnung ist, die wirtschaftliche und kulturelle Blüte begünstigt, die einzige auch, welche die Länder des Westens vor dem Niedergang und dem Rückfall in Chaos und Barbarei bewahren kann. Manche dieser Andersgläubigen haben Bücher oder Artikel veröffentlicht. Aber kein Politiker, keine Persönlichkeit der hohen Verwaltungsbehörden nimmt von ihrer Ansicht Notiz. Der politische Jargon der Vereinigten Staaten hat nicht einmal ein Wort, um sie und ihre Anhänger zu bezeichnen. Denn das Wort „liberal“ hat in Amerika heute die Bedeutung „sozialistisch“ oder „interventionistisch“.

Ob es gut wäre, eine neue Organisation zur Förderung des Sozialismus oder des Interventionismus ins Leben zu rufen, darüber haben die Sozialisten oder Interventionisten zu entscheiden.

Eine Organisation der Befürworter und Freunde der Marktwirtschaft ins Leben zu rufen, wäre gewiß wünschenswert; vorausgesetzt daß sich darin Männer und Frauen zusammenfinden, die dieser Sache ehrlich und ernstlich ergeben sind. Überflüssig wäre es, durch Schaffung einer neuen Organisation noch die Zahl jener bereits bestehenden Verbände zu vermehren, welche unter der irreführenden Flagge von Liberalismus, Marktwirtschaft und Wirtschaftsfreiheit in Wahrheit die eine oder andere Spielart des Interventionismus verfechten.

Kampf der Begriffsverwirrung!

Die Lage der Dinge, welche wir ins Auge zu fassen haben, ist folgende: Die interventionistische Politik, welche sich auf dieser Seite des Eisernen Vorhangs alle Regierungen zu eigen gemacht haben und welche von allen Parteien unterstützt wird, wird früher oder später Verhältnisse zeitigen, die, um es milde auszudrücken, sehr wenig erfreulich sein werden. Da die öffentliche Meinung diese interventionistischen Maßnahmen irrigerweise als pro-kapitalistische (oder, wie die kommunistischen und auch viele vorgeblich anti-kommunistischen Schriften dies ausdrücken, als ein letztes verzweifelttes Bemühen zur Rettung des Kapitalismus) betrachtet, so wird die daraus gezogene Schlußfolgerung allgemein lauten: „Der Kapitalismus hat versagt; es bleibt uns somit nichts anderes übrig, als es einmal mit dem russischen System zu versuchen.“ Daß nicht der Kapitalismus, nicht das System der unbehinderten Marktwirtschaft versagt hat, sondern der Interventionismus, wird übersehen. Wie könnte es auch anders sein, da ja viele Gruppen eifrig bestrebt sind, eine Politik des Interventionismus als eine Politik zur Bewahrung der Wirtschaftsfreiheit und der Marktwirtschaft hinzustellen? Das Schlimmste, was jene Gruppen zuwegebringen, die unter dem irreführenden Namen des Liberalismus eine sogenannte Politik des goldenen Mittelwegs befürworten, ist ja gerade jene Verwirrung der Begriffe, derzufolge der Marktwirtschaft die Mißerfolge des Interventionismus zulasten gelegt werden.

Nichts ist darum heute mehr vonnöten als die Unterrichtung der öffentlichen Meinung über den grundlegenden Unterschied zwischen echtem Liberalismus, der die freie Marktwirtschaft befürwortet, und den verschiedenen interventionistischen Gruppen, die obrigkeitliche Eingriffe der verschiedensten Art befürworten, als da sind: Eingriffe in die Gestaltung der Preise und Löhne, Höhe des Zinssatzes, Gewinnspannen, Kapitalinvestierung, Steuern, die praktisch einer Kapitalenteignung gleichkommen, Schutzzölle und andere protektionistische Maßnahmen, riesige Staatsausgaben und schließlich Inflation.

Unsere Regierenden werden die Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes am besten fördern durch seine strenge Begrenzung auf die ihm legitim zustehenden Aufgaben - indem sie dem Kapital erlauben, seine beste Anlage zu finden, den Waren ihren redlichsten Preis, dem Gewerbe und der Intelligenz ihre natürliche Belohnung, der Faulheit und dem Laster die natürliche Strafe - durch Aufrechterhaltung des Friedens, durch, Sicherung des Besitzes, Verminderung der Kosten für die Gesetzgebung und durch Beachtung strengster Wirtschaftlichkeit in jeder Abteilung des Staates. Möge die Regierung dies tun - das Volk wird ohne Zweifel das übrige tun. Thomas Macaulay (1800-1850)

Die Außenwelt bewegt sich so heftig, daß ein jeder einzelne bedroht ist, in den Strudel mit fortgerissen zu werden ... Soviel aber mag der wirklich Tüchtige immer vor Augen haben: sich um der Gunst des Tages willen abzuhetzen, bringt keinen Vorteil für morgen und Übermorgen. Goethe

Die große Kunst des Regierens besteht meist in nichts anderem als: glauben zu machen, daß alles, was geschieht, durch uns geschehe. Josef von Eötvös (1861)

Diejenigen aber, welche den Staat gut verwalten, müssen nicht die Hallen mit geschriebenen Gesetzen anfüllen, sondern das Recht im Herzen haben, denn nicht durch die Beschlüsse, sondern durch die Gewohnheiten werden die Staaten gut eingerichtet. Isokrates

Wo wenig positive Gesetze existieren, da herrscht das natürliche Gesetz desto mehr, da sind die Verträge desto heiliger, da gelten verständige Übungen und Gewohnheiten, und es ist besser, einzelne Mißbräuche zu strafen, als, wie unser Zeitalter pflegt, wegen jedem solchen ein neues Gesetz zu machen. Karl Ludwig von Haller

Je mehr sich das geistesaristokratische Prinzip in einem Kulturkreis durchsetzt, um so mehr Fortschritte macht die Kultur, um so mehr verfeinert sich der Geist, um so höher hebt sich auch das allgemein menschliche Niveau. Und umgekehrt: je mehr sich das entgegengesetzte Prinzip durchsetzt, das Prinzip der Gleichmacherei und der Verflachung, das Herdenprinzip, desto mehr geht die Kultur zurück, desto mehr Zugeständnisse macht der Geist an die rohe Masse, desto mehr sinkt und verschlechtert sich der kulturelle Stand der Allgemeinheit. Otto Debatin

Unsre Nation ist reich an Köpfen, auch in politischen; nur verhindert jenes . . . System das sich, ob mit, ob ohne Recht, das „demokratische“ nennt, ihr Emporkommen genau so sicher wie das wilhelminische. „Demokratie“ heißt: daß ein paar überalterte politische Klubs, unter dem Vorwand, Parteien zu sein, die Politik monopolisieren; daß alle Entscheidungen in ein

paar Kraalen getroffen werden, zu denen dem Nichtkaffer der Zutritt verwehrt, zum mindesten erschwert ist. Kurt Hiller

[**Quelle:** Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik, 3:10 (Okt. 1957) 599-607; PDF-Version: www.mises.de]